

Datum

04.06.2009

Nummer

Thema

Haushalt

Redaktion

-mt-

Pressegespräch am 4. Juni 2009 mit Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher

Der Haushaltsnotstand kehrt zurück

Über Verlauf und Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise lässt sich nach wie vor keine annähernd gesicherte Prognose treffen. Es ist aber klar, dass auch Berlin den Folgen einer Wirtschaftsweise nicht entgeht, die alle Grundsätze der Nachhaltigkeit mit Füßen getreten hat.

Aus derzeitiger Sicht wird Berlin im Planungszeitraum 13,5 Milliarden Euro neue Schulden am Kreditmarkt aufnehmen müssen. Zu den 11,4 Milliarden Euro aus den erwarteten jährlichen Defiziten kommt hinzu, dass die Rücklage aus dem Verkauf der Landesbank – mit oder ohne Verkauf der BIH – aufgebraucht wird.

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Einnahmen	21.807	19.700	19.200	19.400	19.900	20.450
Veränderung in %		-9,7	-2,5	0,5	3,6	2,3
Ausgaben	20.867	21.300	21.800	22.100	22.300	22.550
Veränderung in %		2,1	2,3	1,4	0,9	1,1
Saldo	940	-1.600	-2.600	-2.700	-2.400	-2.100

Die neuen Schulden ziehen bereits bei einem Zinssatz von vier Prozent jährliche Zinsbelastungen von einer halben Milliarde Euro nach sich. Ein Ende der steigenden Zinslasten ist nicht abzusehen. Die Handlungsfähigkeit des Landes Berlin ist eindeutig gefährdet. Wir befinden uns in einer äußerst bedrückenden Situation.

1. Haushaltsdisziplin wieder herstellen

Erste Aufgabe ist zunächst, die Flut außer- und überplanmäßigen Ausgaben ohne Gegenfinanzierung zu stoppen. In dieser Legislaturperiode hat Rot-Rot Jahr für Jahr

rund 300 Millionen Euro Ausgaben über der ursprünglichen Planung genehmigt. Das kann so nicht weitergehen.

Mehrausgaben gegenüber Plan	
2007	324 Mio. Euro
2008	264 Mio. Euro
2009*	355 Mio. Euro

*1. Nachtragshaushalt ohne Konjunkturprogramm

In Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sind bereits Haushaltssperren beschlossen worden. Andere Bundesländer werden wegen der akuten Notsituation folgen. Haushaltssperren lassen sich bedarfsgerecht und differenziert ausgestalten.

Um allen Beteiligten das klare Signal zu übermitteln, dass die Party vorbei ist, sollte auch der Berliner Finanzsenator dem Gedanken näher treten, eine Haushaltssperre zu verhängen.

2. Personalkonzept umgehend vorlegen

SPD, Linkspartei, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben sich in den wechselnden Koalitionsverhandlungen von 2001 und 2002 zur Einsparung von einer Milliarde Euro bei den Personalkosten bekannt.

Dieses Ziel ist gut zur Hälfte erreicht. Die Personalkosten lagen 2008 knapp eine Milliarde unter den Kosten von 2001. Darin enthalten ist ein Gehaltsrückstand der Berliner Beschäftigten gegenüber dem Bundesniveau von rund 450 Millionen Euro. Dem steht im Vergleich zu Hamburg ein überzähliger Personalbestand von ähnlicher Größenordnung gegenüber.

Der Grundsatz der Berliner Personalwirtschaft kann daher nur lauten: Entlohnung wie in den anderen Bundesländern bei einer Beschäftigtenzahl auf dem Niveau der Stadtstaaten. Die ausstehenden Lohn- und Gehaltsteigerungen von 450 Millionen Euro (Solidarpakt und Tarifrückstand) sind dementsprechend zu refinanzieren.

Laut Rechnungshof von Berlin sind bereits heute Stellen im Umfang von 250 Millionen Euro als „kw“ identifiziert. Der Senat ist gefordert, den verbleibenden Konsolidierungsbedarf von 200 Millionen Euro im Stellenplan zu unterlegen.

3. Anschlussförderung ohne Wenn und Aber beenden

Der Ausstieg aus der Anschlussförderung ist soweit vollzogen, dass fast die Hälfte des Weges zurückgelegt ist. 2008 betragen die Mehrausgaben gegenüber Hamburg noch 600 Millionen Euro.

Diesen Weg muss Berlin zu Ende zu gehen, ohne die Subventionsschleusen für die Hausbesitzer durch die – sozial verbrämte – Hintertür wieder zu öffnen.

Die Bürgschaftsausfälle fallen gegenüber der strukturellen Einsparung kaum ins Gewicht. Und wichtiger noch: Berlin muss den Systemwechsel vollziehen, damit eines Tages wieder sozialer Wohnungsbau möglich wird.

4. Das Ziel: Ausgeglichener Haushalt 2020

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Linkspartei 2002 heißt es: *„Die Koalition setzt sich das Ziel, bis zum Jahr 2009 die laufenden Ausgaben ohne Kreditaufnahme und die Veräußerung von Vermögen zu finanzieren. In Berlin ist dies seit langem nicht der Fall. Die Ausgaben müssen den langfristig zur Verfügung stehenden Einnahmen angepasst werden.“*

Heute wollen SPD und Linkspartei vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalts nichts mehr wissen. Andernfalls würden sie die Regelung unterstützen, ab 2020 im Normalfall ausgeglichene Haushalte zu schreiben, wie es die „Schuldenbremse“ vorsieht. Stattdessen macht die Berliner SPD mit fadenscheinigen Begründungen gegen die eigene Bundespartei und die neue Schuldenregel Front.

Rot-Rot hat kein Sanierungsziel mehr und dadurch keinen klaren Kurs mehr in der Haushaltspolitik. Starke Kräfte in der Koalition wollen die Haushaltssanierung aufgeben. Rot-Rot hat nicht mehr die Kraft, die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern und Gerechtigkeit zwischen den Generationen herzustellen.

Dagegen setzen Bündnis 90/Die Grünen den Vorschlag, die bundesweit beschlossene neue Schuldenregel durch Abgeordnetenhausbeschluss in der Berliner Verfassung zu verankern. An der neuen Regelung ist nicht alles gut. Aber sie ist besser als die alte. Und sie setzt uns selbst wieder eine Zielmarke.

5. Können wir das Ziel erreichen?

Berlin steckt wieder in der Schuldenfalle. Aus eigener Kraft ist die Sanierung des Berliner Haushalts nicht zu schaffen. Allein über Ausgabenkürzungen kann sie nicht gelingen.

Die hier skizzierte Personalpolitik ist ohne Alternative, weil sie bleibende Aufwüchse von einer halben Milliarde Euro verhindert. Aber sie liefert keinen Beitrag mehr zur Senkung der Gesamtausgaben.

Das Gleiche gilt für den Abbau der Wohnungsbauförderung. Die halbe Milliarde Euro, die dort noch gespart werden kann, wird vom Anstieg der Zinsen und Sozialkosten im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise weit übertroffen.

Effizienzgewinne im Landeshaushalt sind noch möglich. Aber zusätzliche strukturelle Sparmaßnahmen in den erforderlichen Größenordnungen würden den Verzicht auf Standards bedeuten, die wir bisher alle als angemessen angesehen haben.

Vor derartige Maßnahmen ist die Notwendigkeit von Einnahmeverbesserungen gesetzt. Sarrazin hatte Recht: Ohne eine Steuerquote von 23 bis 24 Prozent kommen die Staatshaushalte in Bund und Ländern nicht zurecht.

6. Wir brauchen eine Bundesregierung mit Mut zur Haushaltssanierung

Die Steuerhoheit liegt in der Bundesrepublik Deutschland fast komplett beim Bund. Es ist deshalb von elementarer Bedeutung für die Berliner Haushaltspolitik, dass es bei der Bundestagswahl nicht zu einer schwarz-gelben Koalition der Steuersenkung kommt.

Seit November letzten Jahres schütten die Bundesregierung und die Landesregierungen gigantische Milliardensummen in die Wirtschaft. Am Ende laufen die unterschiedlich sinnvollen Maßnahmen in einem Punkt auf das Gleiche hinaus: Aus privaten Schulden werden öffentliche Schulden.

Wenn der zurückgebliebene Schaden aufgearbeitet werden muss, kann dies nicht allein durch Kürzung der staatlichen Leistungen geschehen. Es darf nicht sein, dass die sozialisierten Verluste aus der Privatwirtschaft allein bei jenen abgeladen werden, die auf Hilfe des Sozialstaats angewiesen sind. Auch dürfen die Bildungschancen der Jugend nicht gefährdet werden. Es ist deshalb ein elementares Gebot der sozialen Gerechtigkeit, vornehmlich jene heranzuziehen, deren Hals durch die Schuldenaufnahme zu Lasten der Allgemeinheit gerettet wurde.

Jochen Esser, finanzpolitischer Sprecher